

An Rhein und Wied

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/neuwied



Eine Brücke für Radfahrer und Fußgänger über den Rhein zwischen Erpel und Remagen: Das halten (von links) Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis), Bürgermeister Karsten Fehr (Unkel), Bürgermeister Björn Ingendahl (Remagen), Landrätin Cornelia Weigand (Kreis Ahrweiler) und Landrat Achim Hallerbach (Kreis Neuwied) für eine unterstützenswerte Idee. Foto: Verwaltung Unkel

Drei Kreise unterstützen Brückenprojekt

Rückenwind für geplante Rheinquerung zwischen Erpel und Remagen – Gemeinsam Finanzierungsmöglichkeiten abklopfen

■ **Kreis Neuwied.** Über „starken politischen Rückenwind“ für die Wiederbelebung einer Brückenverbindung zwischen Remagen und Erpel freuen sich der Unkeler Bürgermeister Karsten Fehr und Remagens Bürgermeister Björn Ingendahl: Landrätin Cornelia Weigand (Kreis Ahrweiler) und ihre Kollegen Achim Hallerbach (Kreis Neuwied) und Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis) haben sich jetzt im Remagener Friedensmuseum ein Bild von dem Projekt gemacht – und sagten ihre Unterstützung für die weitere Vorgehensweise zu. Das teilt die Neuwieder Kreisverwaltung mit.

Zu dem ehrgeizigen Vorhaben am Rhein haben die Landräte sich eine in weiten Teilen identische Meinung gebildet. „Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der drängenden Frage der Mobilitätswende fügt sich die Planung ei-

ANZEIGE

WERHAND
SCHLOSSERARBEITEN
56567 Neuwied www.werhand.de
☎ 02631.50030 info@werhand.de

ner Brücke für Fußgänger und Radfahrer in eine Reihe wichtiger und zukunftsgerichteter Projekte ein“, ist Landrätin Weigand überzeugt. Die Brücke wäre zudem ein wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung des Tourismus – nicht nur im Kreis Ahrweiler, sondern in der gesamten Region. Auch Landrat Hallerbach zeigt sich optimistisch: „Mit diesem Projekt kann in vorbildlicher Weise eine für den Radverkehr wichtige Verbin-

dungsspanne zwischen den europäischen Radwegen und den geplanten Pendlerstrecken entstehen.“ Gleichzeitig könne damit auch der Bestand der als national wertvoll eingestuften Brückendenkmäler gesichert und ihnen neues Leben eingehaucht werden.

Landrat Schuster hob hervor, dass ein solcher Brückenschlag die langjährigen Aktivitäten im Rhein-Sieg-Kreis zum Radverkehr und auch rund um das Siebengebirge ein gutes Stück voranbringen würde. Er ist überzeugt: „Von diesem Leuchtturmprojekt werden nicht nur die Einwohner unserer drei Kreise profitieren.“

Das Brückenbauprojekt, so die Bürgermeister Fehr und Ingendahl, habe schon seit einiger Zeit Fahrt aufgenommen. Nach einem ersten Gespräch mit verschiedenen Behörden, das zwar Herausforderungen, aber keine unüberwindbaren

Hindernisse für den Brückenbau aufgezeigt habe, wurde zunächst die Bevölkerung befragt. Diese Befragung hatte laut Bürgermeister eine „selbst für Optimisten über-

„Diese Brücke erschließt für die gesamte Region neue Möglichkeiten in den Bereichen Mobilität und Klima, Tourismus, Wirtschaft und Kultur. Und diese Chance wollen wir nutzen.“

Da sind sich die drei Landräte und die beiden beteiligten Bürgermeister einig.

wältigende Zustimmung zu dem Projekt zum Ergebnis“, heißt es weiter. Die daraufhin mit Mitteln des Landesprojekts „Starke Kommunen – Starkes Land SKSL2“ be-

auftragte ingenieurtechnische Machbarkeitsstudie ergab, so Fehr: „Die Brücke ist umsetzbar!“

Nun wollen sich die Landrätin, ihre beiden Amtskollegen und die betreffenden Bürgermeister zügig und gemeinsam auf den Weg geben, um Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten zu ermitteln und um die notwendigen weiteren Untersuchungen anzustoßen. Sie sind sich laut Mitteilung einig: „Diese Brücke erschließt für die gesamte Region neue Möglichkeiten in den Bereichen Mobilität und Klima, Tourismus, Wirtschaft und Kultur. Und diese Chance wollen wir nutzen.“ *red*

➔ Nähere Informationen zum Brückenprojekt finden Sie auf den Internetseiten der Stadt Remagen unter www.remagen.de und der Verbandsgemeinde Unkel unter www.vgvunkel.de

Gesundheitskarte für Flüchtlinge abgelehnt

Kreistagsmehrheit votiert gegen Antrag der Grünen – Instrument habe sich bislang nicht bewährt

Von Ralf Grün

■ **Kreis Neuwied.** Geflüchtete Menschen sollen im Krankheitsfall Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen dürfen. Da ist sich die breite Mehrheit im Neuwieder Kreistag einig. Dennoch erteilten die Fraktionen mehrheitlich der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, die laut der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen das Prozedere vereinfachen und Kosten sparen würde, eine Abfuhr. Nach Meinung vieler Fraktions-sprecher und auch der Verwaltungsspitzen habe sich die vom Land Rheinland-Pfalz vor Jahren ins Spiel gebrachte Gesundheitskarte noch nicht durchsetzen können. Und das habe Gründe.

Gründe, die die Grünen so nicht nachvollziehen können. Sie waren es nämlich, die den Antrag stellten, die Weichen für die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge

im Kreis zu stellen und „unverzüglich Verhandlungen mit der zuständigen gesetzlichen Krankenkasse aufzunehmen“. Sprecherin Regine Wilke kritisierte es, „dass Menschen im Asylleistungsprozess erst zur Verwaltung müssen, um sich den gelben Schein zu besorgen, wenn sie krank geworden sind“. Sie verwies auf die seit 2016 bestehende Rahmenvereinbarung mit dem Land Rheinland-Pfalz für Kommunen, die sich der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge bedienen wollen. Gleichzeitig sprach sie an, dass es im Kreis Neuwied bislang „Vorbehalte gibt, die enorm groß sind“. Dabei könnte die Karte den Prüfaufwand seitens der Verwaltung verringern, was auch Einsparungen mit sich bringe sowie den Wegfall der kommunalen Haftung, erklärte Wilke im Kreistag. Wörtlich sagte sie: „Die Gesundheitskarte erleichtert die medizinische Ver-

sorgung von Menschen mit Flüchtlingsbiografie, erleichtert die Arbeit im Sozialamt und schafft menschlichere Bedingungen.“

Der schärfste Gegenwind kam von der AfD. Sprecher Nick Baltroch beschied zunächst, dass der Antrag der Grünen „zur denkbar schlechtesten Zeit“ käme. Ob die Gesundheitskarte das Prozedere vereinfache, sei schwer einschätzbar: „Es ist schon verwunderlich, dass erst fünf Kommunen der Rahmenvereinbarung beigetreten sind“, sagte er. Kommunen müssten zudem vermehrt in Vorleistung treten, die Standardbelastung bliebe unverändert. „Das Hauptproblem ist, dass das System gesetzlich keine Trennung zwischen Aufenthaltsgenehmigung und Bleiberecht schafft“, so Baltroch, der in der Karte einen „Fehlansatz“ sieht, der den Kreis zusätzlich belastet.

Seine Einlassung brachte ihm umgehende Reaktionen ein. Wäh-

rend Jürgen Bülow (Die Linke) von einem „zynischen Argument“ sprach, musste Helmut Hellwig (Grüne) um Fassung ringen: „Ich habe nicht damit gerechnet, dass so menschenverachtende Argumente in die Halle geworfen werden. Wenn ein Mensch hier lebt, hat er ein Recht auf medizinische Versorgung, egal, ob eine Bescheinigung für einen dauerhaften Aufenthalt vorliegt oder nicht.“

Kreisbeigeordneter Michael Mahler legte die Sicht der Verwaltung dar: Demnach habe sich die Verwaltung intensiv mit dem Antrag beschäftigt und dabei das Pro und Kontra abgewogen. Derzeit gebe es 459 Menschen, die die Gesundheitskarte in Anspruch nehmen könnten. Für die fielen dann Kosten in Höhe von 50 500 Euro an, unter anderem, weil der Kreis 8 Prozent Verwaltungsgebühr an die Kassen zu zahlen hätte. Die Kosten könnten sich noch



Die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge wird es vorerst im Kreis Neuwied nicht geben. Der Kreistag hat das beschlossen. Foto: dpa

erhöhen, da das Land weitere 150 Flüchtlinge angekündigt habe. Mahler sieht zudem sogar einen erhöhten Personalaufwand, weil bei unklarer Indikation Mitarbeiter des Gesundheitsamtes herangezogen würden. Zuletzt seien beim Kreis 130 000 Euro an Krankenhilfe angefallen, was Mahler zu der Aussage brachte: „Die Behandlung von Flüchtlingen ist gesichert.“ Unter dem Strich könne die Verwaltung der Argumentation der Grünen nicht folgen. So sah es

auch die Mehrheit und lehnte den Antrag der Grünen ab.

Übrigens: Der Kreis Kusel war 2017 der erste rheinland-pfälzische Landkreis, der sich für die elektronische Gesundheitskarte entschieden hatte. „Asylsuchende mit Schmerzzuständen und akuten Erkrankungen können mit der Gesundheitskarte direkt in eine Praxis gehen und einen Arzt aufsuchen“, freute sich die damalige Gesundheitsministerin in Mainz, Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

Mehrheit votiert für Etat

Zum ersten Mal seit 30 Jahren hat der Stadtrat Neuwied einen Haushalt mit einem Überschuss verabschiedet. *Seite 16*



Foto: Fotolia

Guten Morgen

Hilko Röttgers über Tsundoku



So viele Bücher, so wenig Zeit

Die Abkürzung „SUB“ kann ja alles Mögliche bedeuten. Sie steht zum Beispiel für die Studierendenschaft der Universität Berlin, die Münchner Stadt-Umland-Bahn oder den internationalen Flughafen in Surabaya, der Hauptstadt der Provinz Jawa Timur in Indonesien. Bei mir ist „SUB“ allerdings die Abkürzung für meinen Stapel ungelesener Bücher. Und während die Abkürzung, so wie es sein soll, schön kurz ist, wird der bezeichnete Stapel immer größer. Manchmal macht mich das ein bisschen traurig: so viele Bücher, so wenig Zeit. Tröstlich ist dann, dass ich mit meinem SUB nicht allein bin. Im Gegenteil: Viele Menschen haben einen SUB. In Japan gibt es für das Phänomen sogar ein eigenes Wort: Bücher zu kaufen, die sich dann zu Hause stapeln, ohne gelesen zu werden, umschreibt man dort mit dem Begriff „Tsundoku“. Das Schöne an einem guten SUB ist, dass das nächste interessante Buch immer in greifbarer Nähe ist. Die Deutschen lesen übrigens am häufigsten Krimis, das hat eine Umfrage im Jahr 2017 herausgefunden. Dafür wäre heute ein besonders guter Tag, immerhin haben Genre-Vater Edgar Allan Poe und Altmeisterin Patricia Highsmith heute Geburtstag. Und wenn die Autoren im SUB nicht vorhanden sind? Dann muss der Stapel wohl ergänzt werden.

Blaulicht

13 Fahrzeuge bei Rot über die Kreuzung

Offenbar hat eine auf Rot stehende Ampel nicht die gleiche Wirkung auf Verkehrsteilnehmer: Wie die Neuwieder Polizei mitteilt, hat sie am Montag und Dienstag sowohl die Ampel an der Eishalle als auch die Ampel am Autohaus La Porte überwacht. Dabei stellten die Beamten fest, dass insgesamt 13 Fahrzeuge bei Rot über die Kreuzung gefahren sind. Die entsprechenden Anzeigen ereilen die Fahrzeugführer, heißt es abschließend. *red*